Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 39 | **München / 5. Jahrgang** | **27. September 1918**

1918	Wochenkalender	5679	
	September	Tischri	Bemerkung
Sonntag	29	23	
Montag	30	24	
Dienstag	1	25	
Mittwoch	2	26	
Donnerstag	3	27	
Freitag	4	28	
Samstag	5	29	



Am 1. Oktober beginnt ein neues Vierteljahr. Wir bitten daher alle Leser, den Bezug zu erneuern oder, soweit sie noch nicht regelmäßige Bezieher des ‚Jüdischen Echo' sind, ungesäumt beim Verlag des ‚Jüdischen Echo' München, Herzog Maxstr. 4, das Blatt zu abonnieren. Bestellungen nehmen auch die Postanstalten entgegen.

Das Jüdische Echo bringt Aufklärung über sämtliche jüdische Fragen. Bezugspreis pro Quartal nur Mark 1.12.

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag — **Bezugspreis:** Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — **Verlag** des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4. — **Redaktion:** Helene Hanna Cohn.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Nummer 39 **München / 5. Jahrgang** **27. September 1918**

Rechtliche Erwägungen zur Münchner Rabbinerwahl.

Nach dem Statut der Münchener Kultusgemeinde erfolgt, wie in diesen Blättern bereits angeführt wurde, die Wahl des Gemeinderabbiners durch den Verwaltungsausschuß, der zu diesem Zwecke um neun neu hinzuzuwählende Mitglieder zu ergänzen ist. Es verdient eine Betrachtung, inwieweit diese Bestimmung des Münchener Gemeindestatuts den in Bayern geltenden gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

Die einzige gesetzesrechtliche Bestimmung über die Wahl von Rabbinern im rechtsrheinischen Bayern ist die Vorschrift des § 26 des Juden-Edikts von 1813. Die einschlägige Bestimmung lautet: „Die Ortsrabbiner und Substituten werden von den Mitgliedern der Kirchengemeinden vorgeschlagen.“ Zu dieser Gesetzesbestimmung äußert sich Prof. Heimberger in seinem bekannten Buch über „Die staatskirchenrechtliche Stellung der Israeliten in Bayern“ folgendermaßen:

„Unzweifelhaft geht aus dieser Bestimmung hervor, daß die Wahl von den Mitgliedern, nicht von den Vertretungskörpern der Kultusgemeinde vorzunehmen ist. Auch dort, wo der Rabbiner nicht für eine einzelne, sondern für mehrere zu einem Rabbinatsbezirk vereinigte Kultusgemeinden aufgestellt wird, ist die Wahl entsprechend der Vorschrift in § 26 des Jud.-Edikts von den Mitgliedern der Kultusgemeinden als solchen, vertreten durch ihre Vorstände, vorzunehmen.“

Heimberger kann sich bei dieser seiner Auffassung nicht nur auf den Wortlaut des Edikts sondern auch auf eine in neuerer Zeit erfolgte Entschließung des bayerischen Kultusministeriums berufen, die im Jahre 1888 ergangen ist, als nach Erledigung des Distriktsrabbinats Aschaffenburg die Mehrheit der zu dem Rabbinat gehörigen Kultusgemeinden sich auf den Standpunkt stellen wollte, den Rabbinatsverweser als Rabbiner zu bestellen und von einer Neuwahl Umgang zu nehmen. Das Ministerium erklärte in seiner Entschließung ausdrücklich:

„Die Wahl ist nicht von den Kultusgemeinden als solchen sondern von den einzelnen wahlberechtigten Mitgliedern des Rabbinatsdistrikts vorzunehmen. (§ 26 Jud.-Ed.) . . . Es erscheint nicht zulässig, den gestellten Antrag, obwohl sich tatsächlich die Mehrheit der Kultusgemeinden für denselben erklärt hat, als den Ausdruck des Willens der Mehrheit sämtlicher einzelner Wähler anzusehen und etwa aus diesem Grund von einer Neuwahl Umgang zu nehmen.“

Das Münchener Gemeindestatut steht danach im Widerspruch mit der gesetzlichen Bestimmung des Juden-Edikts, so wie dieses vom bayerischen Kultusministerium und von Heimberger ausgelegt wird. Auch in anderen bayerischen Großgemeinden (Nürnberg und Augsburg) bestehen ähnliche statutarische Bestimmungen; auch dort ist die Wahl den Gemeindemitgliedern entzogen und der Kultusverwaltung bezw. dem Gemeindeausschuß übertragen.

Heimberger (a. a. O. Seite 170) äußert sich zu diesen mit dem Gesetz in Widerspruch stehenden statutarischen Bestimmungen der drei bayerischen Großgemeinden folgendermaßen:

„Man faßt die Rechtslage in den genannten Städten augenscheinlich so auf, als ob die zur Rabbinerwahl berechtigten Mitglieder der Kultusgemeinden in den Statuten die Organe der Kultusgemeinde zur Vornahme der Wahl bevollmächtigt hätten. Ich habe gegen diese Auffassung Bedenken: Es können wohl von Fall zu Fall die Mitglieder der Kultusgemeinde Vollmacht zur Ausübung ihres Wahlrechts erteilen; aber es geht nicht an, daß die zur Zeit der Statutenabfassung lebenden Mitglieder ihren Nachfolgern das Recht der unmittelbaren Wahl entziehen und ein für allemal die Gemeindeorgane zur Vornahme der Wahl bevollmächtigen. Das käme einer Änderung des Juden-Edikts durch Gemeindestatut gleich. Auch wenn die zuständige Kreisregierung an einer solchen Statutenbestimmung nichts auszusetzen fand, bleibt sie doch unzulässig. Zweckmäßig mag eine derartige Vereinfachung der Rabbinerwahl in großen Städten sein; aber ich halte sie nicht für rechtmäßig.“

Was ist die Folge, wenn nun eine Rabbinerwahl auf Grund der erwähnten statutarischen Bestimmung durch den verstärkten Verwaltungsausschuß in München stattfindet? Da jedes einzelne Mitglied der Kultusgemeinde durch die dem Gesetz nicht entsprechende Beschränkung seines Wahlrechts in seinen Rechten beeinträchtigt wird, könnte von jedem einzelnen Mitglied die Gültigkeit einer solchen Wahl angefochten werden. Zur Entscheidung hierüber ist der verwaltungsrechtliche Senat des Stadtmagistrats in erster, der Verwaltungsgerichtshof in zweiter Instanz zuständig. Wie diese Instanzen gegebenenfalls entscheiden werden, läßt sich nicht vorhersehen. Insbesondere kann die Tatsache allein, daß die Münchener Statuten seinerzeit von der Regierung von Oberbayern genehmigt worden sind, keine Gewähr da-

AUFRUF!

„Es wird das Jahr stark und scharf hergehen. Aber man muß die Ohren steif halten, und Jeder, der Ehre und Liebe fürs Vaterland hat, muß alles daran setzen." Dieses Wort Friedrich des Großen müssen wir uns mehr denn je vor Augen halten. Ernst und schwer ist die Zeit, aber weiterkämpfen und wirken müssen wir mit allen Kräften bis zum ehrenvollen Ende. Mit voller Wucht stürmen die Feinde immer aufs neue gegen unsere Front an, doch stets ohne die gewollten Erfolge. Angesichts des unübertrefflichen Heldentums draußen sind aber der Daheimgebliebenen Kriegsleiden und Entbehrungen gering. An alles dies müssen wir denken, wenn jetzt das Vaterland zur 9. Kriegsanleihe ruft. Es geht ums Ganze, um Heimat und Herd, um Sein oder Nichtsein unseres Vaterlandes. Daher muß jeder

Kriegsanleihe zeichnen!

für bieten, daß die Verwaltungsgerichte die Rechtmäßigkeit des Rabbinerwahl-Verfahrens, wie es in den Statuten vorgesehen ist, anerkennen.

Es kann natürlich niemandem erwünscht sein, daß die Rabbinerwahl in München nachträglich zum Gegenstand verwaltungsgerichtlicher Prozesse gemacht wird. Gibt es einen Weg, dieses zu vermeiden?

An sich könnte natürlich dadurch, daß man die Rabbinerwahl durch Abstimmung der sämtlichen Gemeindemitglieder vornehmen läßt, dem Einwand Heimbergers am besten begegnet werden. Damit würde man sich aber einfach über die Bestimmung des in Geltung befindlichen Gemeindestatuts hinwegsetzen und es ist begreiflich, daß man sich hierzu schwer entschließen wird. Es muß hierbei folgendes berücksichtigt werden: So sehr wir auch der Auffassung sind, daß die Wahl des Rabbiners eine Angelegenheit ist, die jedes einzelne Mitglied der Gemeinde aufs Nächste betrifft, und deren Bedeutung für das Leben der jüdischen Gemeinde gar nicht überschätzt werden kann — und so sehr wir deshalb auch wünschen müssen, daß ein möglichst weiter Kreis von Gemeindemitgliedern sich ernsthaft mit der Frage der Rabbinerwahl befaßt und in seiner Eigenschaft als Wähler sein Votum dazu abgibt — so müssen wir andererseits doch auch den Standpunkt würdigen, daß gerade bei einer Rabbinerwahl die Person des künftigen Rabbiners nicht unmittelbar zum Gegenstand wahlpolitischer Kämpfe gemacht werden soll und deshalb eine Art von „indirekter Wahl" hier vorzuziehen ist. Eine solche „indirekte Wahl" kann in der Weise erfolgen, daß der Verwaltungsausschuß der Kultusgemeinde mit der Wahl des Rabbiners betraut wird. Dieser Wahlmodus entspricht aber nur dann dem Begriff einer „indirekten Wahl der Gemeindemitglieder", wenn der Verwaltungsausschuß mit dem Auftrage, einen neuen Rabbiner zu wählen, von den Gemeindemitgliedern bestellt worden ist. Es kann nun keine Rede davon sein, daß der im Jahre 1912 gewählte Verwaltungsausschuß diesen Forderungen entspricht. Bei seiner Wahl hat kein Gemeindemitglied daran gedacht, daß dieser Ausschuß zur Wahl eines Gemeinderabbiners bevollmächtigt sein solle. Von einer indirekten Wahl der Gemeindemitglieder kann auf Grund des Gemeindestatuts nur insofern gesprochen werden, als die neun Ergänzungsmitglieder des Auschusses in Betracht kommen, die eben im Hinblick auf die Rabbinerwahl durch die Gemeindemitglieder gewählt werden sollen. Diese „indirekte Wahl", durch die das Wahlrecht der Gemeindemitglieder auf ein Drittel beschränkt wird, kann aber unter keinen Umständen die Bedenken beseitigen, die gegen die Übertragung des Wahlrechts von den nach dem Gesetz Berechtigten auf eine andere Körperschaft entgegenstehen; nur wenn der ganze Verwaltungsausschuß neu gewählt würde mit dem Auftrage, die Rabbinerwahl vorzunehmen, dann könnte hierin eine gesetzlich zulässige Übertragung des Wahlrechts der Gemeindemitglieder auf die von ihnen gewählten „Wahlmänner", nämlich die 27 Mitglieder des verstärkten Gemeindeausschusses gesehen werden. Es müßte also, wenn man dem Standpunkte des Gesetzes Rechnung tragen und eine spätere Anfechtung der Wahl unter allen Umständen vermeiden wollte, eine neue Wahl des gesamten Verwaltungsausschusses zugleich mit der Ergänzungswahl hinsichtlich der neun weiteren Mitglieder ausgeschrieben und diesem neu zu wählenden Ausschuß die Rabbinerwahl übertragen werden.

Wie die Dinge in der Münchener Gemeinde liegen, würde eine derartige Neuwahl auch den Bestimmungen des Gemeindestatuts entsprechen. Nach dem Statut besteht der Verwaltungsausschuß aus 18 Mitgliedern, von denen alle 2 Jahre sechs ausscheiden und neu zu wählen sind. Die letzten Wahlen haben im Dezember 1912 stattgefunden. Es hätten demnach von den 18 Ausschußmitgliedern, die damals die Gemeindeverwaltung bildeten, im Jahre 1914 sechs, eben so viele 1916 und 1918 ausscheiden und durch neu hinzu zu wählende Mitglieder ersetzt werden müssen. Tatsächlich sind diese Wahlen unter Hinweis auf die Kriegsverhältnisse entgegen den statutarischen Bestimmungen unterblieben. Die Gemeindeverwaltung, wie sie heute zusammengesetzt ist, besteht demnach aus lauter Mitgliedern, deren Amt nach den geltenden Statuten entweder bereits abgelaufen ist (12 Mitglieder) oder mit Ende dieses Jahres abläuft (6 Mitglieder). Würde man also jetzt eine Neuwahl des gesamten Ausschusses vornehmen, so würde damit zugleich ein nach den Gemeindestatuten „illegaler" Zustand beseitigt werden. Da ohnehin mit dem Prinzip, Gemeindewahlen während des Krieges nicht vorzunehmen, gebrochen werden muß — einerseits mit Rücksicht auf die Rabbinerwahl, andererseits auch deshalb, weil die Zahl der „Ersatzmänner", die im Falle eines Ausscheidens eines Verwaltungsmitgliedes eintreten müssen, um den Ausschuß vollzählig zu machen, fast erschöpft ist, — ist nicht einzusehen, warum man nicht gleich den Weg beschreiten sollte, der sowohl die Zusammensetzung des Verwaltungsauschusses mit dem Statut in Einklang bringt als auch die vorzunehmende Rabbinerwahl jeder Gefahr einer Anfechtung entzieht.

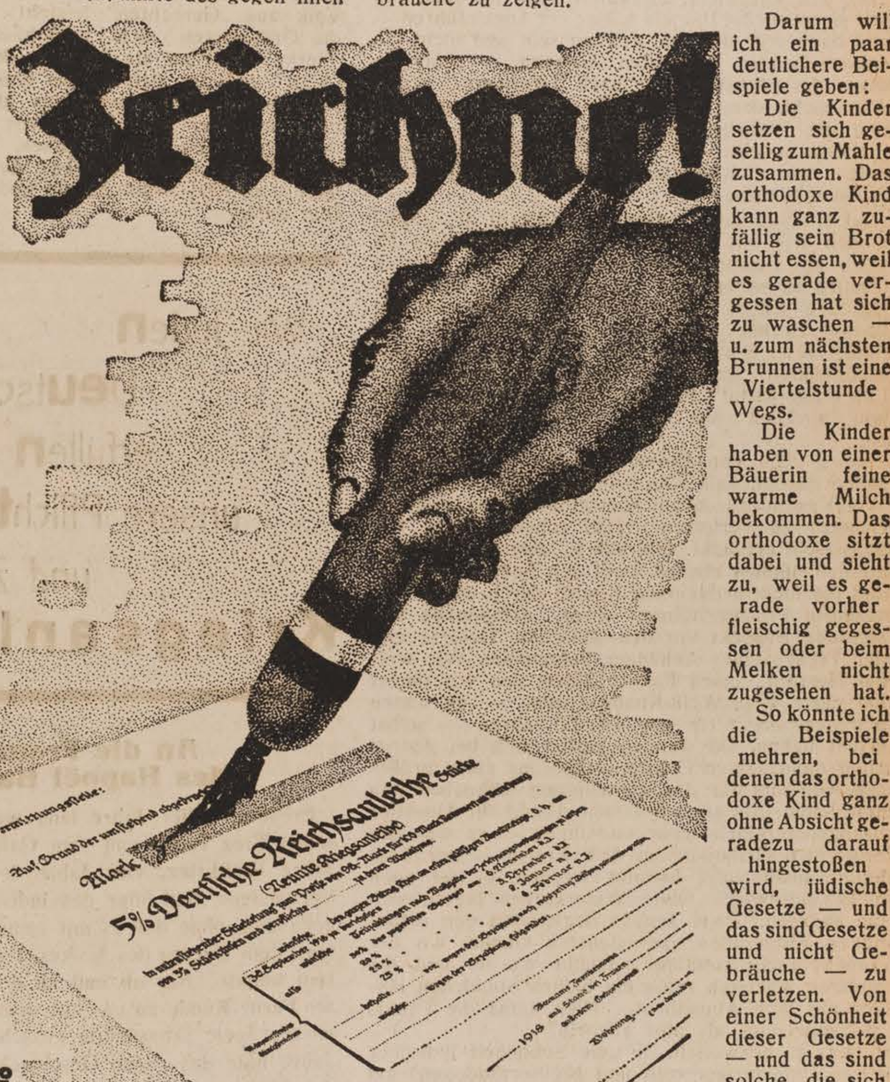
Blau-Weiß und Orthodoxie.

Zu diesem Thema schreibt uns Herr Louis Levinger, der zurzeit im Felde in Mazedonien steht, neuerlich eine „Entgegnung", in der er sich einleitend beschwert, wir hätten in unserer „Anmerkung" zu seinem Aufsatz (vergl. Nr. 34 unseres Blattes) „wie man zu sagen pflegt, um den heißen Brei herumzugehen verstanden." Levinger fährt dann fort:

„Ich wiederhole die Hauptpunkte des gegen mich ins Treffen Geführten:

1. Meine Behauptung, jeder der das Religionsgesetz nicht anerkenne, sei ein „Min", ein Abtrünniger, ist falsch.

2. Da einmal die Absperrung nach außen für den orthodoxen Jehudi unmöglich ist, so müssen die Kinder ja ohnedies für den Verkehr mit Kindern anderer Anschauung gerüstet sein; „und da soll der „Blau-Weiß", das gesellig-frohe Zusammenwandern mit anderen jüdischen Kindern, plötzlich ein so gefährlicher Herd der Ansteckung sein!"



Bleiben wir einmal zunächst hier stehen! ad 1. Mit etwas, sagen wir, persönlicher Ironie nennt mein Gegner dies eine Levingersche These. Ich will meinem talmudsicheren Gegner verraten, daß der Talmud nicht nur den einen Abtrünnigen nennt, der alle Religionsgesetze als für sich nicht bindend erklärt, sondern sogar wenn er nur ein einziges Gesetz der Thora leugnet. Und daß unter solchen Minim keineswegs bestimmte Sekten verstanden sind, dazu lese er die Worte einer Autorität: S. R. Hirsch in seinem Offenen Brief gegen Rabb. Bamberger. ad 2. Man beachte die feine Logik in diesem Satze meines Gegners. Meine Logik geht so: Wenn schon in der Schule der hundertmal als verderblich empfundene Einfluß Nicht-Frommer unvermeidlich — besser gesagt in diesen Tagen noch unvermeidlich — ist, so muß man doch gerade bei gesellig-frohem Zusammensein diesen Einfluß zu vermeiden suchen. Ich habe, als Orthodoxer, gefragt: Was ist denn an der Orthodoxie und ihren „Gebräuchen" so schön für den Außenstehenden? Mein Gegner ist mir ausgewichen mit Hinweis auf den Sederabend, dessen geheimnisvoller Zauber durch solche Hinweise leider bald genug gänzlich profaniert sein wird, und bei dem sich auch den Kindern gerade am seltensten die Gelegenheit bietet, die Schönheit jüdischer Gebräuche zu zeigen.

Darum will ich ein paar deutlichere Beispiele geben:

Die Kinder setzen sich gesellig zum Mahle zusammen. Das orthodoxe Kind kann ganz zufällig sein Brot nicht essen, weil es gerade vergessen hat sich zu waschen — u. zum nächsten Brunnen ist eine Viertelstunde Wegs.

Die Kinder haben von einer Bäuerin feine warme Milch bekommen. Das orthodoxe sitzt dabei und sieht zu, weil es gerade vorher fleischig gegessen oder beim Melken nicht zugesehen hat.

So könnte ich die Beispiele mehren, bei denen das orthodoxe Kind ganz ohne Absicht geradezu darauf hingestoßen wird, jüdische Gesetze — und das sind Gesetze und nicht Gebräuche — zu verletzen. Von einer Schönheit dieser Gesetze — und das sind solche, die sich täglich u. stündlich bemerkbar machen, — werden die anderen nichts verspüren.

Oder kann etwa Schönheit jüdischer Feste auf gemeinsamer Grundlage empfunden werden? Ist denn Pesach nicht vor allem das Fest der Mazzos und Schewuos das Fest der Gesetzgebung. Und gibt die Gesetzgebung nicht gerade Pesach und Schewuos ihren inneren Gehalt? Mit anderen Worten — und damit ist die eigentümliche hagadische Beantwortung meines Gegners erledigt: Es gibt nur eine Erlösung aus Mizrajim mit nachfolgender Gesetzgebung. Von dem Kofer- Boikor

sagt die Hagada: Der wäre nie erlöst worden. Das ist der „Emmes“, mein verehrter Herr Gegner, dessen Feder ich wohl zu kennen meine.

Endlich, mehr um den Gedankengang meines Gegners zu beleuchten als zu erwidern, möchte ich noch den Schluß seiner Rede erwähnen:

Das „Im nächsten Jahr in Jerusalem“ zeigt deutlich das „zionistische Ideal“, das jeder Orthodoxe anerkennen wird. — Allerdings nur mit dem Unterschiede: Wenn erst einmal der Friede und die Wahrheit allgemein anerkannt sein werden, wie wir sie uns in der Hagada selber vor Augen führen — und dazu will sie ganz gelesen sein und nicht die entsprechenden passenden Auszüge, — dann, ja dann „Im nächsten Jahr nach Jerusalem.“ Wenn aber nicht, dann wollen wir verzichten und uns erst die Wahrheit erkämpfen.“

Hierzu möchten wir kurz Folgendes bemerken, indem wir gleichzeitig die Diskussion an dieser Stelle schließen:

ad 1. Über den talmudischen Begriff des „Min“ wollen wir mit Herrn L. hier nicht streiten. Es wäre ein Leichtes, ihn durch Zitate aus älteren Quellen zu widerlegen, als der von ihm angeführten Streitschrift Rabbiner Hirschs. Uns kam und kommt es nur darauf an, festzustellen, daß der Satz: „Nur der ist ein Jude, der die Verbindlichkeit der schriftlichen und mündlichen Lehre anerkennt“, sich im Talmud nirgends findet und wirklich nur eine „Levingersche These“ ist.

ad 2. Die von Herrn L. gebrachten Beispiele sollen dartun, daß „das orthodoxe Kind (im Blau-Weiß) geradezu darauf hingestoßen wird, jüdische Gesetze zu verletzen“. Uns scheint dieser Beweis nicht geglückt. Die von L. unterstellten Situationen dürften ebenso wohl den Schluß zulassen, daß die nicht-orthodoxen Kinder durch die gewissenhafte Pflichterfüllung ihrer orthodoxen Kameraden Respekt vor dem jüdischen Gesetze und der Treue seiner Anhänger bekommen. Wir wollen Herrn L. einen Fall erzählen, den wir jüngst bei einer Blau-Weiß-Knabengruppe — es waren 6 Jungen im Alter von 14—17 Jahren — selbst erlebt haben. Die Jungen hatten sich bei Antritt einer mehrtägigen Gebirgswanderung einen größeren Kochtopf für das gemeinsame Abkochen neu erstanden. Als sie am ersten Abend ihr Quartier bezogen, erklärte einer von ihnen —, es war der einzige Orthodoxe in dem Kreise — der Topf könne noch nicht benutzt werden, er sei noch nicht „getowelt“. Ohne Widerspruch fügten sich die anderen. Zwei Jungen begleiteten den orthodoxen Kameraden zur nächsten Quelle, wo der Topf vorschriftsmäßig getaucht wurde, und die anderen warteten ruhig ein halbes Stündchen länger mit dem Abendbrot. Hier wirkt die Praxis überzeugender als alle Theorie!

Herr L. bezweifelt, ob „die Schönheit jüdischer Feste (von Orthodoxen und Nichtorthodoxen) auf gemeinsamer Grundlage empfunden werden kann“. Gewiß wird die Auffassung in mancher Hinsicht verschieden sein. Gibt das ein Recht, den, „der kommt, Pesach mit uns zu feiern“, zurückzuweisen? Warum bezeichnet der Verfasser der Hagadah den „Roschio“ als einen „Kofer boikor“? „Weil er sich selbst aus der Gemeinschaft ausgeschlossen hat“! Wer den Anschluß an die jüdische Gemeinschaft zu erhalten und zu pflegen wünscht, der ist willkommen. Die Erhaltung des „K'lal“, der jüdischen Gesamtheit, muß unseren alten Weisen doch wohl mehr am Herzen gelegen haben als manchem modernen orthodoxen Politiker. Und der inbrünstige Sehnsuchtsruf nach der jüdischen Heimat — er war von den Alten buchstäblich verstanden — „im nächsten Jahr“, „bald in unseren Tagen“ — nicht unter dem Vorbehalt, daß zuerst das messianische Zeitalter herangekommen sein muß — sonst „wollen wir verzichten“. Auch wir erhoffen eine religiöse und sittliche Erneuerung des jüdischen Volkes von der Wiederaufrichtung der nationalen Heimat. Aber wir wollen dort daran arbeiten und nicht warten mit der Heimkehr, bis das ganze Volk aus „Gerechten“ besteht. Wollen wirklich die Orthodoxen sich ausschließen von diesem Werke? Werden sie so sehr den Gedanken des „K'lal“ und der sich daraus ergebenden Pflichten verkennen? Wir glauben es nicht. Dann sollte man sich aber auch hier davor hüten, die Trennungswände zu hoch zu bauen. Diese Gefahr besteht heute und die Haltung der Agudah gegenüber dem Blau-Weiß ist ein bedauerliches Symptom dafür.

An die Freunde des Hapoël Hazaïr!

Freunde! Vier Jahre lang war das Band zwischen Erez Israel und dem Galuth gerissen. Vier Jahre Weltkrieg, vier Jahre der Zerstörung und Verwüstung sind über das jüdische Volk hinweggegangen, ohne daß es mit seiner lebendigen Heimat, dem Herzen des Volkes, Palästina verbunden sein konnte. Nur ab und zu drang aus nebelhafter Ferne Kunde zu uns aus dem Lande, nach dem unsere Seele sehnsüchtig ausschaut. Vier schwere Jahre hat das neue Geschlecht dort im Lande durchgekämpft. Ungeheueres haben unsere Pioniere erlitten: Mühsal und Bedrängnis, Hunger und schleichende Krankheit. Doch als Helden erfüllten sie ihre Pflicht, harrten unerschrocken auf ihrem Posten aus, als Schildwache der in harter Arbeit errungenen eigenen Scholle.

Und jetzt, da sie die großen Ziele erkennen, die uns alle erfüllen, und sich der großen Verantwortung besonders bewußt werden, die auf ihnen lastet, erneuern sie ihr Werk mit vermehrter Kraft und gestärkter Hoffnung.

Freunde! Die bewährte Vertretung der Arbeiterpioniere in Palästina „Hapoël Hazaïr" hat vor kurzem begonnen, ihre Organisation auszubauen und ihr Parteiorgan aufs neue herauszugeben.

Uns jungen Zionisten im Galuth, denen „Hapoël Hazaïr" Symbol der Erlösung des Volkes, aber auch Kampfruf ist, liegt die Pflicht ob, unseren dort wirkenden Freunden zu Hilfe zu kommen.

Ihr Freunde des „Hapoël Hazaïr" habt unsere große Aufgabe bei Wiederbelebung des Landes und der Arbeit, des Volkes und der hebräischen Kultur erfaßt. Ihr habt den Wert einer starken Organisation erkannt, Ihr wißt auch die Wirksamkeit eines Parteiorgans zu schätzen.

An Euch wenden wir uns heute mit der Aufforderung, unseren Brüdern in Palästina sofort und kräftig zu Hilfe zu kommen. Laßt dem „Hapoël Hazaïr" in dieser schweren Zeit geistige und materielle Unterstützung zuteil werden! In dieser Zeit der Grundsteinlegung zu unserem großen nationalen Bau in Erez Israel!

„Hapoël Hazaïr"-Gruppe in Berlin.

Geldsendungen sind an das Hilfswerk für Palästina mit dem Vermerk „Für Hapoël Hazaïr", Berlin W 15, Sächsischestr. 8 (Postschekkonto Berlin NW 7 4192) zu richten.

(Die jüdischen Zeitungen werden gebeten, diesen Aufruf zu veröffentlichen.)

Deutschland.

Fehdeansage der Frankfurter Trennungsorthodoxie. Die von Rabbiner Dr. Pinchas Kohn, Ansbach, unter Mitwirkung von Rabbiner Dr. S. Breuer, Frankfurt a. M., herausgegebenen „Jüdischen Monatshefte" haben ihrem soeben erscheinenden Heft 7/8 einen Prospekt beigegeben, in dem sie bekanntgeben, daß sie nur e i n Judentum, nämlich das orthodoxe, anerkennen, „wie sie nur den e i n e n Gott anerkennen, der sich in dieser Wahrheit (der Bibel, des Talmuds und der Codices) verkündigt." Sie ziehen daraus den folgenden Schluß: „Darum müssen sie (die „Jüdischen Monatshefte") den polytheistischen Wahn von einer Gleichberechtigung aller Richtungen im Judentum, die Anschauungen des liberalen Judentums, ebenso wie die dem Zionismus zugrunde liegende Anschauung bekämpfen. Jüdische Gemeinden und Verbände, die sich zu diesen Anschauungen in verbindlicher Form bekennen, zerreißen die Einheit der von Gott geadelten Religionsnation. Darum ist es die zweite dringende Aufgabe der „Jüdischen Monatshefte", den Austritt aus den jüdischen Reformgemeinden und die Ablehnung der zionistischen Propaganda als unabweisbare Pflicht zu fordern."

Mit diesem Programm der theoretischen und praktischen Bekämpfung des Zionismus glauben die „Jüdischen Monatshefte" den Freundeskreis ihrer Zeitschrift zu erweitern. Sie glauben, durch eine Verschärfung ihres Kampfes gegen den Zionismus ihrer orthodoxen Spielart neue Anhänger gewinnen zu können. Ihr Redakteur, Herr Rabbiner Kohn, scheint aus seiner Warschauer Erfahrung bis jetzt nichts gelernt zu haben, denn sonst müßte er wissen, daß er sich für seine Kampfansage den möglichst ungünstigsten Augenblick gewählt hat.

Wir können den Fehdehandschuh guten Mutes aufheben. Es wird sich dabei reichlich Gelegenheit bieten, die neueste Unterstellung der „Jüdischen Monatshefte", daß der Zionismus „separatistisch" sei, als das hinzustellen, wa sie ist: die Umkehrung der Wahrheit. Es wird sich zeigen, auf wen das Wort von der Zerreißung der Einheit des Judentums paßt, auf den Zionismus oder auf diese Abart der deutschen Orthodoxie.

(Jüdische Rundschau.)

Vom deutschen Pro-Palästina-Komitee. Das Exekutiv-Komitee des „Deutschen Komitees zur Förderung der jüdischen Palästina-Siedelung (Pro-Palästina)" besteht gegenwärtig aus folgenden Personen: Prof. Dr. Ballod, Vorsitzender; Fehrenbach, Präsident des Reichstags; Gothein, Mitglied des Reichstags; Junck, Mitglied des Reichstags; Noske, Mitglied des Reichstags; Prof. Dr. Hans Delbrück, Major Endres und Exzellenz Raschdau.

Das Komitee hat kürzlich eine Denkschrift über „Die Ziele des Komitees" veröffentlicht und als erste größere Publikation eine Schrift des Reichstagsabgeordneten Max Cohen (Reuß) „Die politische Bedeutung des Zionismus" herausgegeben.

Österreich.

Österreich und der Zionismus. Das Jüdische Korrespondenzbureau im Haag berichtet:

Italienische Blätter melden, daß die zionistische Organisation in Triest aufgelöst wurde.

Sonderbestimmungen für die Juden in Ungarn. Dem Jüdischen Korrespondenzbureau im Haag zufolge meldet Dr. Blochs Österreichische Wochenschrift, daß ein geheimer Erlaß der ungarischen Regierung den Verkauf oder die Verpachtung von Boden an die Juden verbietet und solche Pachtungen und Verkäufe rechtsungültig erklärt.

Judenfeindliche Bekanntmachung österreichischer Behörden. Die „Selbstwehr" vom 6. Sept. berichtet:

Auf dem Prerauer Bahnhofe ist folgende Kundmachung auf allen Perrons sichtbar angebracht, welche mit einer Stampligie des Bahnhofskommandos versehen ist:

„W a r n u n g !

Den Militärpersonen ist es strengstens untersagt, Gepäckstücke mit dem Schleichhandelszwecke dienenden Waren von Schleichhändlern

(polnischen Juden) in die Militärwaggons mitzunehmen und dadurch der Beschlagnahme zu entziehen.

Es ist soldatische Pflicht, einen derartigen Vorgang dem nächsten Bahnhofkommando anzuzeigen.

Militärpersonen, die bei diesem Vergehen betroffen werden, werden strengstens bestraft.

K. K. Bahnhofkommando."

Palästina.

Die Delegierten-Konferenz in Judäa. Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet:

Die Konferenz der Delegierten der jüdischen Gemeinden und Organisationen von Judäa, über die wir schon kurz berichtet haben, bildete ein großes Ereignis im politischen Leben der palästinensischen Judenheit. Die etwa 200 Delegierten vertraten fast sämtliche Gruppen und Strömungen der Juden. Die Zahl der Gäste war groß. Zur Eröffnungssitzung erschienen mehrere höhere Militärs und Beamte als Ehrengäste. Eine Reihe großer englischer Tageszeitungen entsandten ihre Berichterstatter. In seiner Begrüßungsansprache führte der Vorsitzende, Herr Dr. Thon, der eine Übersicht über die gegenwärtige Lage in Palästina gab und in Worten tiefster Dankbarkeit der Palästina-Deklaration der englischen Regierung gedachte, weiter folgendes aus: „Die Stadt Jerusalem hat schwere Zeiten erlebt. Eine große Zahl unserer Besten und Tüchtigsten ist vertrieben. 6—7000 Juden wurden gewaltsam aus Jerusalem entfernt. Seit dem Ausbruch des Krieges sind in Jerusalem 10—12 000 Juden infolge der Not und der Epidemien gestorben. Unser Mut ist jedoch nicht gesunken, und wir sammeln neue Kräfte für die Zukunft. Zwei wichtige Gründungen sind es, die im gegenwärtigen Leben von Jerusalem eine besondere Rolle spielen: 1. Das Stadtkomitee (Waad Ha'ir) der Jerusalemer Judenheit. 2. Das Vereinigte Rabbinatskomitee, das an der Spitze der vereinigten Gemeinden der Stadt steht. Durch diese beiden Körperschaften sind wir imstande, mit der ganzen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Jetzt steht eine wichtige Frage vor uns. Wir müssen das palästinensische Judentum zu einer starken Einheit organisieren. Wir müssen sämtliche vorhandenen autonomen Positionen stärken, unsere Gerichtsbarkeit befestigen und ausbauen, das Schulwesen reorganisieren und für uns einen Zentral-Kataster begründen. Das alles sind zwar Teilarbeiten, aber vereinigt bilden sie eine Kraft, die uns zu unserem Ziele führen wird, zur historischen Rückkehr nach Zion."

Nachdem Dr. Thon das Andenken von Dr. Tschlenow, Joschua Eisenstadt, A. M. Luncz, Mendele Mocher Sforim, des Lehrers Wilkomitsch und anderer geehrt hatte, erteilte er das Wort Major Ormsby-Gore, dem Vertreter der englischen Regierung bei der zionistischen Palästina-Kommission, der von den Delegierten und Gästen mit stürmischem Beifall empfangen wurde. Er führte ungefähr folgendes aus:

„Die britische Regierung hat deutlich ihren Wunsch ausgesprochen, die Bevölkerung Palästinas nach dem Kriege von der Herrschaft der Türkei befreit zu sehen; aber sie hat bisher nichts darüber geäußert, welche Regierung an deren Stelle treten soll, weil dies eine Angelegenheit für die Friedenskonferenz ist. Herr Balfour hat jedoch eine historische Deklaration mit Bezug auf die Zionisten abgegeben; daß er nämlich in Palästina eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk errichtet und aufgebaut zu sehen wünscht. Was verstehen wir hierunter? Wir meinen, daß diejenigen Juden, die freiwillig nach Palästina kommen, um dort zu leben, in Palästina als Angehörige der jüdischen Nation, das heißt als Juden und nichts anderes betrachtet werden sollen, daß sie vollständige Freiheit haben sollen, das Land und die jüdische Kultur zu entwickeln und ihr eigenes Leben in ihrer eigenen Weise in Palästina zu leben, in völliger Freiheit und nur in gleicher Weise wie alle andern den Landesgesetzen unterworfen.

Wenn ich nach Hause zurückkehren werde, werde ich der britischen Regierung berichten, was die Juden Palästinas bereits getan haben, um ihre Ideale zu verwirklichen, und welche Pionierarbeit für die nationale Heimstätte auf hebräischer Grundlage von ihnen bereits geleistet worden ist. Ich werde berichten, daß ihr alle, ob ihr aus Rußland gekommen seid oder aus Saloniki, aus Buchara, aus Polen, Amerika, England oder Yemen in Palästina verbunden seid durch das Ideal des Aufbaus einer jüdischen Nation in allen ihren mannigfaltigen Erscheinungsformen und der Schaffung eines nationalen Zentrums für die Judenheit der ganzen Welt. Das ist das Ideal eurer Zukunft, ein Ideal, das, wie ich überzeugt bin, verwirklicht werden wird ohne Unrecht und Ungerechtigkeit gegen irgend einen eurer Nachbarn.

Habt Geduld mit der britischen Regierung, die euer Bestes will! Erwartet nicht das Größte von ihr, sondern von euch selbst! Die britische Regierung hat euch die zionistische Kommission mit Dr. Weizmann an der Spitze gesandt, zu dem sie

das Vertrauen hatte, daß er den Juden Palästinas in den Stunden der größten Not Hilfe bringen werde. Die Arbeit der zionistischen Kommission spricht für sich selbst. Dr. Weizmann kam hierher als ein Unbekannter für die hiesigen britischen Behörden, aber in wenigen Wochen hat er für sich selbst und für das Volk, das er vertritt, bei den britischen Behörden und bei allen denen, die in Ägypten, Arabien und Palästina mit ihm in Berührung kamen, eine Position geschaffen, die einen Eckpfeiler für das Werk darstellt, das jetzt vor euch liegt.

Die Arbeit der Konferenz, die ich heute hier begrüße, ist von größter Wichtigkeit. Sie haben sich für den Frieden vorzubereiten, für den Tag, an dem der Krieg vorbei und, wills Gott, ein freies Palästina entstanden sein wird. Ihre Aufgabe ist es, in Treue die Grundsteine zu Ihrem landwirtschaftlichen und kulturellen Werk zu legen. Viel hängt von der Arbeit ab, die Sie jetzt vorbereiten, und mit der Sie sich während der nächsten Monate zu befassen haben werden. Sie werden sich mit all den schwierigen Alltäglichkeiten des Lebens zu beschäftigen haben; aber in der zionistischen Bewegung lebt ein Geist, und wie das Gute das Böse überwindet, so überwindet der Geist die Materie.

Wir Engländer verdanken das Beste in unserer Kultur der Bibel, und aus diesem Grunde hegen wir tiefes Interesse und warme Sympathie für das Werk, das Sie hier tun. Die zionistische Bewegung ist nicht allein eine politische, sondern auch eine geistige Macht, und wenn sie ihr Ziel verwirklicht, so wird sie der Welt etwas Großes und Schönes bringen, und nicht nur für dieses verwüstete, aber so schöne Land, sondern auch für die zerstreuten Scharen Israels und für die Menschheit."

Hierauf ergriff der Präsident der zionistischen Palästina-Kommission, Dr. Ch. Weizmann, das Wort. Dr. Weizmann, dem eine stürmische Ovation bereitet wurde, gab einen kurzen Bericht über den Stand der Arbeiten der Kommission. Überall findet die Kommission die tatkräftigste Unterstützung der englischen Behörden, denen es auch zu verdanken ist, daß es gelungen ist, mit den arabischen Führern in freundschaftliche Beziehungen zu treten. Er wies auf die große nationale Begeisterung hin, die die Judenheit in Rußland und Amerika erfaßt hat. Das sei eine so große politische Macht, daß wir bei zielbewußter und unermüdlicher Arbeit unser Ziel werden verwirklichen können. „Nicht nur die palästinensische Judenheit blickt auf die heutige Tagung. Die Juden der ganzen Welt setzen in euch die größten Hoffnungen."

Danach wurde das Präsidium gewählt: Dr. Thon, Vorsitzender; die Herren Hoofien und Meierowitsch Vize-Vorsitzende, Rabbiner Zitron (Petach Tikwa) und Herr Sprinzak vom Hapoel Hazair, Sekretäre.

Dr. Thon hielt ein Referat über die Gründung einer normalen Vertretung der palästinensischen Judenheit. Die Schaffung eines obersten Exekutiv-Komitees ist eine Notwendigkeit, aber bei den verschiedenen Strömungen und Interessen ist es schwer, sofort an eine Verwirklichung heranzutreten. Prinzipiell herrsche das Bestreben, das Exekutiv-Komitee aus allgemeinen, direkten, geheimen und gleichen Wahlen hervorgehen zu lassen. Es sei bisher keine Einigkeit erzielt worden, wo das Exekutiv-Komitee seinen Sitz haben soll, in der Residenz der Vergangenheit, in Jerusalem, oder in der Stadt der Zukunft, in Jaffa. Die gegenwärtige Delegierten-Konferenz habe die Aufgabe, dieses höchste Exekutiv-Komitee für einen provisorischen Zeitraum zu wählen, bis die ganze palästinensische Judenheit in der Lage sein werde, sich an den allgemeinen Wahlen zu beteiligen. Der provisorische Rat soll aus 36 Personen bestehen und soll sich mindestens einmal in zwei Monaten versammeln. Dieser Rat wählt aus seiner Mitte 11 Mitglieder, die das Exekutiv-Komitee bilden. In allen gewöhnlichen Fragen des Jischuw (Verwaltung, Gericht, Erziehung, soziale Fragen) kann dieser Rat Entscheidungen treffen. Nur in Fragen, die eines der Prinzipien des allgemeinen zionistischen Programms berühren, soll die Entscheidungs-Möglichkeit dem zionistischen Kongreß oder seinen Bevollmächtigten, dem Engeren Aktions-Komitee, überlassen werden.

Herr Mordechai Ben Hillel-Hakohen referierte über die Organisierung des jüdischen Gerichts. Dr. Turow sprach über die Organisierung des Erziehungs- und Bildungswesens in Palästina.

Agronom J. Wilkansky referierte über die landwirtschaftliche Arbeit des Jischuw. Herr Eisenberg (Rechoboth) sprach über den Stand der Pflanzungen in Palästina. Herr Bezalel Jaffe erstattete einen Bericht über die Hilfstätigkeit seit dem Ausbruch des Krieges. Der Referent schlägt die Gründung einer zentralen Revisions-Kommission vor, welche die Resultate der Revision der nächsten Versammlung vorlegen soll.

Nach einer Reihe interner Verhandlungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Richtungen gelangten verschiedene Resolutionen zur Annahme. Unter anderem wurde beschlossen:

1. Bis zur Einberufung der Gründungsversammlung wird das Provisorische Komitee beauftragt, die Geschäfte weiterzuführen mit dem Recht, weitere Vertreter der verschiedenen Gruppen zu kooptieren.

2. Dem Provisorischen Komitee wird die Vollmacht erteilt, eine Kommission einzusetzen, die die Wahlen zur Gründungsversammlung, die nach drei Monaten einberufen werden soll, zu leiten hat.

3. Das aktive Wahlrecht zur Gründungsversammlung haben alle Juden ohne Unterschied des Geschlechts vom 20. Lebensjahre ab; das passive Wahlrecht ist an die Erreichung des 25. Lebensjahres geknüpft.

In gehobener Stimung und unter dem Gesang der Hatikwah schloß die bedeutsame Konferenz.

Die Lage in Judäa. Das „Berner Intelligenzblatt" vom 19. August veröffentlicht folgenden Bericht:

Die aus Palästina eingetroffenen Berichte besagen, daß auch auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung, Ordnung und Sanität in den letzten Monaten bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden sind. Unter anderem verdient die soeben durchgeführte Versorgung der Heiligen Stadt mit gutem Quellwasser als Erfolg britischer Technik gewertet zu werden. Bekanntlich hatte Jerusalem bisher als einzige Möglichkeit der Wasserversorgung das System der einfachen Zisternen, jener in jedem Hofe befindlichen, aus alten Zeiten gut bekannten Wassergruben, die während der Regenperiode gefüllt wurden, um dann ein ganzes Jahr die Inhaber mit dem gestandenen Regenwasser zu versorgen.

Gleich nach dem Einzug der Engländer wurden die Arbeiten zur Versorgung der Stadt mit gutem Wasser begonnen. Nach sorgfältigen Untersu-

chungen in der Umgebung der Stadt entdeckten englische Ingenieure eine Anzahl Quellen in den Jerusalem vorgelagerten Hügeln, deren Wasserertrag 14 000 Gallonen (zirka 65 000 Liter) die Stunde beträgt. Dieses Wasser wurde mittels Pumpwerken gleich in ein Reservoir auf dem Gipfel eines der höchsten, Jerusalem umgebenden Hügel gehoben und von dort durch ein Röhrensystem in die Stadt geleitet und in erster Linie den Krankenhäusern, öffentlichen Gebäuden, sowie vielen neu angebrachten Straßenbrunnen zugeführt, so daß die Bevölkerung dadurch allein zehnmal soviel Waser erhielt als bisher. Aber das ist noch nicht alles. Die Regierung ordnete an, daß sämtliche Zisternen der Stadt auf das sorgfältigste gereinigt und desinfiziert werden sollen, und ein amtlicher Bevollmächtigter kontrollierte in jedem Hof den Stand der gesäuberten Zisternen. Nun hat die britische Kommandantur an die Bevölkerung den Aufruf gerichtet, sich zwecks Versorgung mit gutem Wasser an die Behörde zu wenden. Nachdem der amtliche Aufseher sein Gutachten über den hygienischen Stand der Zisterne abgibt, erhält der Zisternenbesitzer einen Anschluß an die städtischen Wasserleitungen, und die nun mit Schöpfpumpen versehenen Zisternen werden somit mit der Quellwasserzentrale direkt verbunden. Von nun an wird also jede Zisterne dauernd frischfließendes Wasser aus den Bergquellen um Jerusalem haben und dieses den Einwohnern zu unbeschränktem Gebrauch zur Verfügung stehen. Einzelne Zisternen haben einen Inhalt von 60 000 bis 70 000 Gallonen und wurden trotzdem sofort ausgefüllt, was auf die außerordentliche Ergiebigkeit der Quellen hinweist. Die unmittelbare Folge der seit kaum zwei Monaten bestehenden modernen Wasserleitungen in Jerusalem ist die außerordentlich rasche Sanierung der infolge ihrer Höhenlage (752 Meter ü. d. Meer) zu einer gesunden Wohnstätte wie geschaffenen Stadt.

Als weitere Neuerungen auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheit sind die verschiedenen Anstalten für Mutter- und Säuglingsschutz zu nennen, in denen die schwangeren Frauen der ärmeren Volksschichten kurz vor der Entbindung aufgenommen und erst wieder entlassen werden, wenn alle Gefahren der ersten Wochen für Mutter und Kind als beseitigt gelten können. Die Regierung sorgt für hygienische Nahrung für die kleinen Kinder und stellt amtlich geprüfte Schwestern und Ammen der ärmeren Bevölkerung zur Verfügung.

Kritische Lage in Galiläa. Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet:

Ein Telegramm aus Haifa vom 19. August meldet: „Die Lage der notleidenden jüdischen Bevölkerung ist äußerst kritisch. Die Getreidepreise steigen beständig. Als Minimum brauchen wir für die Emigranten 15 Franken und für die einheimischen Juden in Tiberias und Safed 10 Franken pro Kopf und Monat. Wenn wir dieses Minimum nicht bekommen, werden die Krankheiten noch mehr zunehmen, und die Sterblichkeit wird größer werden. Wir müssen jetzt wiederum 500 Emigranten aus Chedera nach Haifa transportieren. Wenn wir nicht schleunigst Hilfsgelder erhalten, wird die bisherige Arbeit nutzlos gewesen sein, und alles wird zugrunde gehen."

Wir veröffentlichen dieses Telegramm mit dem dringenden Ersuchen an alle jüdischen Hilfskomitees, uns schleunigst Hilfsgelder für die notleidende jüdische Bevölkerung in Nordpalästina zu überweisen.

Die portugiesischen Universitäten zur Grundsteinlegung. Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet:

Anläßlich der Grundsteinlegung der hebräischen Universität in Jerusalem erhielt der Vorsitzende der Zionistischen Palästinakommission, Dr. Weizmann, Glückwunschtelegramme von den drei Universitäten Portugals, Lissabon, Coimbra und Oporto. Die Universitäten drücken ihre Genugtuung über die britische Regierungserklärung betreffs der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina aus und verbinden damit die besten Wünsche für eine segensreiche Tätigkeit der hebräischen Universität.

Rückkehr Dr. Weizmanns aus Palästina. Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet:

Auf einer zionistischen Versammlung am 18. August in London teilte Herr N. Sokolow mit, daß die Rückkehr des Leiters der Zionistischen Kommission in Palästina, Dr. Weizmann, nach drei oder vier Wochen erwartet wird. Herr Sokolow teilte ferner mit, daß man in London die Ankunft einiger zionistischer Führer aus Rußland erwartet, die sich über England nach Palästina begeben, um an den Vorarbeiten für die Errichtung einer jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina teilzunehmen.

Das Mitglied der Palästinakommission, Herr Josef Cowen, sowie Major Ormsby-Gore, der die Kom-

mission im Auftrage der britischen Regierung begleitete, sind in diesen Tagen nach England zurückgekehrt.

Herausgabe eines hebräisch-englischen Wörterbuches in Palästina. Unter der Aufsicht der Herausgeber der hebräischen Ausgabe der „Palestine News" wird in Palästina die Publikation eines hebräisch-englischen und englisch-hebräischen Wörterbuches vorbereitet.

Die Wiederbringung der Thorarollen nach Jaffa. Wir haben vor einiger Zeit von einer Feier in Jaffa berichtet, die zu Ehren der Rückkehr der Thorarollen veranstaltet worden war. Über diese Veranstaltung liegt nun ein ausführlicher Bericht vor.

Als die Bevölkerung 1917 evakuiert wurde, nahm sie die Thorarollen mit sich, damit sie nicht den türkischen Soldaten in die Hände fielen. Sie wurden den Kolonisten in Petach Tikwah zur Aufbewahrung gegeben und nach der Rückkehr der Bewohner von Jaffa in feierlichem Zug in die Stadt zurückgebracht. An der Nordgrenze von Tel Awiw war ein Triumphbogen errichtet, jedes Haus war mit Blumen geschmückt, und die ganze Kolonie festlich hergerichtet. Die Mitglieder des Turnvereins „Makkabi" in blau-weißer Kleidung sorgten für die Ordnung. Dem Zug ging die australische Militärkapelle voran, und der Feier am Triumphbogen wohnten der Militärgouverneur sowie die Mitglieder der zionistischen Kommission bei. Der Chacham Baschi hielt eine hebräische Ansprache. Unter den Klängen des Schofar wurden die Rollen unter Baldachinen vom Oberrabbiner, Dr. Weizmann und anderen nach den Synagogen, denen sie gehörten, getragen. Vor dem Eintritt in die Synagogen wurden Gebete gesprochen.

Auch der Nachmittag wurde festlich begangen. Züge von blumengeschmückten Schulkindern, Jemeniten mit jungen Lämmern und Ziegen auf den Schultern und Palmzweigen in den Händen, Erntewagen und Pflüge mit Halmen, Immergrün und Blumen geschmückt, bewegten sich durch die Straßen. Schulkinder verkauften Blumen und Konfetti, deren Erlös dem von den zionistischen Lehrern begründeten Fonds zur Übersetzung und Herausgabe englischer Literatur ins Hebräische zufließt. Am Abend veranstaltete der „Makkabi" ein Turnfest.

Polen.

Ein Permanenzausschuß polnischer Rabbiner. Die Vereinigung polnischer Rabbiner hat gelegentlich einer Konferenz beschlossen, einen Permanenzausschuß in Warschau einzurichten. Rabbi Gutentag aus Sochatin wurde zum Schriftführer des Bureaus gewählt. Ferner wurde ein politisches Komitee ernannt, das die orthodoxen Mitglieder des Staatsrates in jüdisch-politischen Fragen beraten soll. Die Rabbiner beschlossen, die Regierung zu einer deutlichen Äußerung über die Privilegien der jüdischen Geistlichen hinsichtlich des Militärdienstes und zur Übertragung der Kontrolle der Chedarim an die Rabbinervereinigung aufzufordern. Die Regierung wurde auch aufgefordert, jüdische Kinder, die Staatsschulen besuchen, vom Schulbesuch am Sabbath zu befreien. Die Erfüllung dieses Wunsches hat die Regierung bereits zugesagt.

Rußland.

Die russischen Mitglieder der Palästinakommission. Entsprechend der Entscheidung der Moskauer Zionistenkonferenz sind die Herren Isaac Goldberg, Rosoff und Aleinikoff als Vertreter der russischen Juden in der Palästinakommission erwählt worden. Herr Goldberg ist bereits nach Palästina abgereist, die beiden anderen Mitglieder werden ihm in Bälde dahin folgen.

Eine Liga der „Rache". Die Schwarzen Hundert in der Ukraine haben eine Liga gebildet, die den Namen „Volksrache" führt und sich vor allem gegen die Juden, aber auch gegen die Bolschewiki richtet. Die Liga hat ein Manifest an ihre Branchen und Anhänger ausgesandt mit dem Ersuchen, eine Liste aller Juden und ihrer Freunde zu führen, alle telephonischen Unterhaltungen zwischen Juden zu unterbrechen, alle Handlungen von Juden zu überwachen und sich für einen bestimmten Tag, an dem ein Massaker stattfinden soll, in Bereitschaft zu halten. In einer anderen an die Juden gerichteten Proklamation kündigte die Liga an, daß alle Dienstboten in jüdischen Häusern Mitglieder der Liga seien, welche die Schritte ihrer Dienstherrschaft überwachten, die Stellen ausgekundschaftet hätten, an denen diese ihr Geld verbergen. Um einem unmittelbar bevorstehenden Massaker zu entgehen, empfiehlt die Liga mit einer gewissen Naivität den Juden, aus ihren jetzigen Wohnorten zu fliehen.

Ukraine.

L. Brodsky beim Hetman der Ukraine. Der bekannte Großkaufmann Brodsky in Kiew wurde neulich an der Spitze einer jüdischen Delegation beim Hetman der Ukraine empfangen, den er ersuchte, die Juden vor Pogromen und Massakres zu schützen. General Skoropadsky sprach seine Verurteilung der antisemitischen Pogrombewegung aus.

England.

Eine jüdische Delegation auf der interalliierten sozialistischen Konferenz. Die Poale-Zion Organisation und der Jüdische Nationale Arbeiterrat in England werden an der sozialistischen Konferenz der interalliierten Länder, die am 17. September in London begann, teilnehmen.

Huysmans über die Judenfrage. Am 27. Oktober findet in London eine von den Poale-Zion veranstaltete große politische Kundgebung statt, in der Camille Huysmans, der Sekretär der sozialistischen Internationale, als Hauptredner auftreten wird. Huysmans wird das Nationalitätenproblem behandeln und seinen Standpunkt zu den aktuellen jüdischen Fragen präzisieren.

Aus aller Welt.

Eine jüdische Provinz in Österreich. In einer kleinen Broschüre „Nationalitätsprinzip und Bevölkerungsaustausch (Eine Studie für den Friedensschluß)", sucht Dr. Mehemed Emin Efendi unter Hinweis auf die zunehmende Kraft des Nationalitätenprinzips den Nachweis zu führen, daß bei der Neuordnung der menschlichen Gemeinschaft nach dem Kriege sich die Berichtigung der Sprachgrenzen als politische Notwendigkeit er-

gibt. Einen auf dieser Grundlage erfolgenden Bevölkerungsaustausch betrachtet er als eine Forderung der Zukunft. Bei der Besprechung der hieraus sich für Österreich ergebenden Probleme behandelt er auch die Frage der Juden; er schreibt:

„An der entgegengesetzten Grenze, im Nordosten der Donaumonarchie, sollte eine andere Religionsgemeinschaft im österreichisch-ungarischen Staatsinteresse nutzbar gemacht werden: die Juden.

Eine jüdische Provinz wäre vom ethnographischen Standpunkte der sicherste und dauerndste Grenzschutz Österreich-Ungarns. Denn diese Provinz würde nicht auf „Erlösung" durch den mächtigen Nachbar hoffen; ihr einfaches, selbstverständliches Interesse würde sie — soweit menschliche Berechnung möglich ist — für alle Zeit an Österreich-Ungarn fesseln.

Auch im jüdischen Interesse wäre dies die glücklichste Lösung: einige Millionen Juden aus der Diaspora, d. h. aus der polnischen boykottierenden Umgebung, aus der russischen und rumänischen Sklaverei zu erlösen, ihnen im Wege des Bevölkerungsaustausches eine neue Heimstätte anzuweisen, wo sie die erdrückende Mehrheit bilden und zur gesunden und sittlichen Tätigkeit, namentlich der Landwirtschaft, zurückkehren würden.

Auf welch anderem Wege soll der greulichen Lage des osteuropäischen jüdischen („jidischen") Volkes abgeholfen werden? Durch neue Vertragsbestimmungen, die ihm die „Gleichberechtigung" oder wenigstens gewisse Menschenrechte „verbürgen"? Solche Vertragsbestimmungen wären das Papier und die Tinte, die zu ihrer Niederschrift erforderlich wären, nicht wert — das unterliegt nach allen geschichtlichen Erfahrungen nicht dem leisesten Zweifel. Sogar Ehrenworte oder Eidschwüre rumänischer und russischer Staatsmänner und ähnliche „Garantien", daß von nun an Recht und Gerechtigkeit auch für die Juden „wirklich und tatsächlich" gelten solle, hätten natürlich keinen Wert."

Odessaer Genossenschafts-Kolonie. Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß in Odessa beschlossen wurde, eine Million Rubel für eine genossenschaftliche Siedlung in Palästina aufzubringen. Wie dem Hauptbureau des JNF im Haag ergänzend berichtet wird, ist der Beschluß auf Antrag von Ingenieur Ussischkin gefaßt worden, mit der Bestimmung, daß die Gelder dem JNF zwecks Kolonisierung von Ansiedlerkandidaten aus Odessa übergeben werden sollen. Die Sammlungen sind bereits mit Erfolg eingeleitet worden.

Zuwendungen von jüdischen Korporationen. Während des Krieges hat die Genossenschaftsbewegung immer weitere Kreise der russischen Judenheit erfaßt. Eine charakteristische Erscheinung ist das Bestreben, eine Verbindung zwischen dieser Bewegung mit der Landwirtschaft einerseits und mit Palästina andererseits herbeizuführen. So haben letztens elf jüdische Konsumvereine in Minsk mit etwa 10 000 Mitgliedern sich zu einem Verbande vereinigt, der eine segensreiche Tätigkeit für die jüdische Bevölkerung entwickelt. Er hat u. a. ein landwirtschaftliches Gut von der Ica übernommen und ein Budget von 50 000 Rubel zum Zwecke der Ausbildung von Palästinapionieren auf diesem Gute bewilligt. Die erzeugten Produkte, insbesondere Gemüse, dienen in erster Reihe zur Deckung des Bedarfes der Konsumvereine. Von dem bedeutenden Umsatz der Konsumvereine wird ein Prozent an den JNF abgeführt.

Versicherungen zugunsten des JNF. Die Propaganda für die zukunftsreiche Einnahme aus Lebensversicherungen wird bisher in zwei Ländern in größerem Maße betrieben: in Amerika und in Österreich. In den Vereinigten Staaten sind die Versicherungen, die eine Art Sebstbesteuerung zugunsten des Nationalfonds darstellen, schon vor dem Kriege immer häufiger geworden. Nunmehr wird mit Erfolg dafür agitiert, daß die in den Krieg ziehenden Soldaten eine Lebensversicherung zugunsten des JNF abschließen. U. a. hat der Präsident eines New Yorker Vereines, Samuel Goldstein, sich vor seiner Einrückung auf 5000 $ für den JNF versichert. In Österreich hat die von der dortigen Landessammelstelle vor einiger Zeit energisch und umsichtig begonnene Propaganda bisher Versicherungsabschlüsse im Gesamtbetrage von ca. 120 000 K zur Folge gehabt.

Organisation der Juden in Niederländisch-Indien. In Batavia und Java werden starke Anstrengungen zur Organisierung der dortigen jüdischen Gemeinden gemacht. Die jüdische Bevölkerung dieser beiden Städte hat so sehr zugenommen, daß sich die Notwendigkeit eines Gemeindezusammenhalts geltend macht. Die Bemühungen zur Organisation gehen hauptsächlich von einem holländischen Zionisten, J. Hen, aus.

Dem jüdischen General Monash ist der Oberbefehl über die in Frankreich stehenden australischen Truppen übertragen worden. General Monash ist von Zivilberuf Ingenieur und steht seit Kriegsbeginn im Felde. Er organisierte und befehligte zuerst die vierte Brigade auf Gallipoli und erhielt dann die Führung der dritten Brigade.

Übertritt von Juden zum Islam. Eine Deputation von Juden aus Turkestan, die in Moskau angekommen ist, berichtet, daß eine große Anzahl asiatischer Juden in den Gebieten um Turkestan sich genötigt gesehen hat, zum Islam überzutreten, um sich vor Gewalttaten und Massakres zu schützen, die andauernd von den eingeborenen Mohammedanern gegen die Juden unternommen werden.

Colonial Trust Shares in Saloniki. Der Gemeinderat in Saloniki beschloß, die größten Anstrengungen zur Unterbringung von Colonial Trust Shares zu machen. Man glaubt, daß mindestens 5000 Shares abgesetzt werden können. Der Oberrabbiner von Saloniki hat 50 Stück erworben.

Literarisches Echo

Neue Wege.

Von einem Träumer.

In Lodz erschien kürzlich ein Sammelheft für schöne Literatur und freie Gedanken, das den Namen „Jugend" führt und von A. Ackerberg unter der Redaktion von Zwi Cohn herausgegeben wird. Diesem Heft entnehmen wir Teile eines Aufsatzes, der deutlich ausspricht, nach welcher Richtung es viele Kreise des jungen östlichen Judentums zieht.

„In der Tiefe eines jeden Menschenherzens findet sich ein Winkel zur Aufnahme der heiligen Ideale. Sind diese im Herzen, so fühlt sich der Mensch stark, glücklich und zufrieden. Ist das Winkelchen aber leer, dann schrumpft das Herz zusammen und der Mensch leidet.

Unsere Herzen leiden. Unzählige Heiligkeiten haben in ihnen gewohnt und sie wieder verlassen. Zerstört ist das Heiligtum des jüdischen Herzens.

Die jüdische Jugend leidet, sie schmachtet und sucht nach einem heiligen Worte, lechzt nach erquickendem Heiltrank. Da kommen die Parteiärzte und glauben mit ihrem hohlen Phrasenschwall und ihren Schekolim-Pillen die Jugend ihrer Genesung entgegenzuführen.

Wir müssen die alten Wege verlassen und neue einschlagen, soll die jüdische Jugend wieder aufleben, soll sie an Leib und Seele gesunden. Wir müssen neue Gesetze schaffen, unsere Thora muß mehr innerlichen als äußerlichen Charakters, eine Lehre fürs Leben werden. Eine neue Sonne muß uns erstrahlen.

Die neue Lehre kann und muß aus unserem innersten Wesen erschaffen werden. Der Born unseres Geistes ist unerschöpflich und wir brauchen uns Gott sei Dank nicht an fremde Nationen wenden. Das darf auch nicht geschehen. Unsere Wege müssen wir mit eigenen Steinen pflastern.

Wie viele aber auch da sind, das alte morsche Gemäuer niederzureißen, die Zahl derer, die an diesem neuen großen Werke bauen, wird gering sein. Der Rest der Juden wird müßig zusehen mit verschränkten Händen, ungläubig die Achseln zucken.

Wir wollen und wir müssen bauen, unser Ziel sei die Erneuerung des Judentums! Haben doch frühere Geschlechter ihre Erneuerungsarbeit getan, und wir sollten müßig sein? Doch werden wir nicht, wie einst, den Weg der Religionsphilosophie betreten. Von dort ist keine Hilfe zu erwarten. Wir müssen radikalere Mittel anwenden, wir müssen mit dem Seziermesser eines Chirurgen das Kranke und Sieche herausschneiden und das Gesunde allein leben und sich fortentwickeln lassen.

Drei Wege sind vorhanden, und sie alle führen zum Ziele.

1. Zurück zu den Propheten!

Das Judentum besitzt einen Quell, aus dem es zu allen Zeiten geschöpft hat, es ist das Jungjudentum der Propheten. Zu diesem Quell müssen wir zurückkehren. Das jetzige Judentum mit seinen Gesetzen, die uns jeden Schritt vorschreiben, kann uns keine Befriedigung mehr gewähren. Wollen wir wieder Anteil haben an unserem großen Gotte, dann muß die Losung heißen: Zurück zu den Propheten! Wir nennen es zurück, und doch ist es ein Schritt nach Vorwärts, dieses Zurück in die Atmosphäre von Gefühl und Herz, wo in klaren und eindringlichen Worten von uns gefordert wird: Liebe zu den Menschen, zur Gerechtigkeit und Ehrlichkeit. Micha sagt uns dies so deutlich: „Es ist dir verkündigt worden, Mensch, was gut ist und was der Herr von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten, Liebe üben und demütig sein vor deinem Gotte."

2. Über dem anderen jüdischen Schrifttum, das müssen wir leider zugestehen, liegt viel Staub und Schimmel. Die Jugend aber haßt solche Dinge. Darum müssen viele dieser Schriften ins Archiv wandern. Doch auch viel Gutes ist in ihnen enthalten, und wir müssen nur verstehen, dieses Gute vom Schlechten abzusondern. Freilich wird dies nicht ohne Widerstand von seiten der Thoratreuen abgehen. Aber sie sollten zufrieden sein, wenn das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet, d. h. das gesamte Schrifttum der Vergessenheit preisgegeben wird. Die Jugend hat ihre eigenen Ziele, und je eher die Scheidung von Gutem und Minderwertigem vorgenommen wird, umso sicherer kann einer Lostrennung der Juden von ihrer eigenen Literatur vorgebeugt werden. Wir haben das Wertvolle in diesen Schriftwerken nicht nur vor der Vergessenheit zu bewahren, sondern wir wollen dort Steine für unseren Neubau gewinnen.

Schon jetzt ist die Zahl derer klein, die an diese Auswahlarbeit herantreten will, wie erst werden die Verhältnisse sich später gestalten?

3. Der Chassidismus ist eine finstere Macht geworden, mit der wir ständig zu kämpfen haben. Gleichwohl finden wir auch in ihm herrliche Perlen, welche Perez, M. J. Berdyszewski, Jehudah Steinberg und anderen Dichtern Stoff für ihre poetischen Schöpfungen lieferten. Die Sehnsucht jüdischer Seelen kann nicht durch fremde europäische Formen gestillt werden. Im alten Quell des Chassidismus, einer rein jüdischen Schöpfung, wird sie Befriedigung finden. Erscheinen doch hier in ihrer Mannigfaltigkeit der geistige Aristokratismus, der demokratisch-gesellige Ton, die Verklärtheit des Geistes und die Freude am Leben. Dieser Neu-Chassidismus, dessen Motive nicht allein der Literatur dienen sollen, sondern auch ins reale Leben übertragen werden müssen, hat schon kräftige Wurzeln in der jüdischen Jugend geschlagen.

Das sind einige Steine für unseren Bau, aber bei weitem nicht alle. Die gesamte Arbeit wird das Werk eines neuen Synhedrions sein.

Eine solche Versammlung von jugendlichen Kräften würde nicht allein klarlegen, was uns Juden abgeht und wie wir bauen sollen, sie würde gewiß auch selbst bauen, zum wenigsten den Grundstein zu unserem Bau legen.

Eine solche Vereinigung von Juden für innere und nicht für äußere Lebensreform würde die jüdische Jugend stärken und die Fernstehenden für unsere Sache gewinnen, sie würde auch die irrenden Abtrünnigen zusammenschließen zu einem ganzen, gesunden Jungjudentum.

Kommt dann aber noch die physische Erneuerung der jüdischen Jugend hinzu, sowie andere Faktoren, die hier nicht erwähnt sind, dann wird ein neues Judentum erstehen und eine gefestigte jüdische Jugend mit ganzem Herzen."

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Dr Alfred Heller wurde zum Leutnant befördert.

Bat.-Feldwebel Jakob Spanier beim Gefangenenlager Puchheim erhielt das preußische Verdienstkreuz.

Die Agudas - Jisroel - Jugendgruppe München veranstaltete am 24. September eine Versammlung, die einem doppelten Zwecke gewidmet war: einmal der Berichterstattung über den Würzburger Bundestag, weiters der Gründung einer „Esra"-Gruppe. Herr Max Cohen-Köln legte die Gedanken und Ziele der A.J. dar, wie sie sich aus den Würzburger Verhandlungen herausschälten: das Bewußtsein der Einheit der Judenheit, das den — trotz Erfüllung der Thoravorschriften mehr und mehr entjudeten — deutschen Thoratreuen allzusehr verloren gegangen ist; die Förderung des Lernens und Verbreitung des Thorawissens; die mit Herz und Gemüt zu betätigende Übung der Mizwauß; die Kräfteentfaltung auf dem Gebiete sozialer Arbeit — alles alte Ideen, die nur neu zu beleben und zu stärken sind. Zum Schluß berührte der Redner die Fragen der Propaganda und der Arbeitsgemeinschaft, in beiden den Standpunkt der Selbstgenügsamkeit und Separation unterstreichend, um endlich die Wichtigkeit der Heranziehung und Vorbereitung der Schuljugend und ihrer Erziehung zu einem tüchtigen Agudahnachwuchs in den jetzt überall in Deutschland entstehenden Esragruppen hervorzuheben.

In der Aussprache, die sich ausschließlich mit der in München zu gründenden Esragruppe beschäftigte, hob zunächst Herr Rotter hervor, wie wichtig es sei, wenn die jüngere gesetzestreue Jugend ihre körperlichen und geistigen Bedürfnisse, soweit sie außerhalb des Bereichs von Familie und Schule fallen, in einer einzigen und einheitlichen Gemeinschaft befriedigen könne. Ihm schloß sich Dr. A. Fraenkel an, der aber gleichzeitig nachdrücklichst betonte, das Werk könne nur dann zum Heil der Jugend ausschlagen, wenn es im Einvernehmen mit den örtlichen nationalen Jugendorganisationen geschehe und jede feindliche Gesinnung und Taktik ihnen gegenüber unterbleibe; wenn in dieser Beziehung auf beiden Seiten vielfach örtliche Fehler vorgekommen seien, so scheine doch die J.O. der Agudah mehrbelastet durch das Auftreten ihrer Leitung gegenüber Blau-Weißen in Würzburg (es handelt sich um die vielbesprochene „Ausweisung" von Blau-Weißen), und dieses Auftreten sei zur Bereitung einer gereinigten Atmosphäre für die ganze Esragruppe aufzuklären. Dieses Verlangen begründete weiter Herr M. David-Berlin. Die folgenden Redner brachten keine völlige Aufklärung jenes Würzburger Vorfalls. Nach G. Fränkels Darstellung war die Ausweisung in keiner Weise durch das Verhalten der Blau-Weißen begründet; ihm trat entgegen Max Cohen. Frl. B. Ehrentreu erntete Beifall durch ihre warmherzigen Worte, in denen sie einerseits die unabweisbare Notwendigkeit der Neugründung vom gesetzestreuen Standpunkt aus betonte, aber anderseits die Aufrichtung einer Kampfesfront seitens der Agudah ablehnte und auch ihrerseits den erwähnten Würzburger Vorgang bedauerte. Doch verhinderte der Vorsitzende mit Zustimmung der Majorität der Versammlung durch Abschneiden der Verhandlung über diesen Punkt, die Abstimmung über eine Resolution, worin das Bedauern über jenen Vorfall und ein Bekenntnis zu friedlichem Arbeiten ausgesprochen werden sollte.

Im Lauf der weiteren Aussprache wurden u. a. von den Herren Amtmann, G. Ehrentreu und Frl. B. Ehrentreu konkrete Anregungen gemacht betreffend die Ausgestaltung der Esragruppe, deren Tätigkeit am Simchas-Thorah-Nachmittag eröffnet werden soll. Für die Eltern sprachen noch Herr Felix Feuchtwanger und Frau Ascher. Auf eine Anfrage Herrn Haskels präzisierte Frl. B. Ehrentreu den praktischen Standpunkt gegenüber dem Münchener Blau-Weiß dahin, daß zwar seitens der Esra auch nach Möglichkeit gewandert werden solle, daß aber die hier zahlreich vorhandenen thoratreuen Wanderer nicht aus dem Blau-Weiß herausgezogen werden sollten. Im übrigen sei ihnen, wer kommen wolle, willkommen. Einen wesentlich anderen Standpunkt nahm in seiner Schlußrede Herr Cohen ein, der im Namen der Gesamtorganisation erklärte, daß die Esra selbstverständlich versuchen müsse, die gesamte gesetzestreue Jugend für sich zu gewinnen.

Mit der offiziell erklärten Gründung der Münchener Esra-Gruppe*) schloß in später Abendstunde die Versamlung.

Nationalfonds-Spenden. Helene Hanna Cohn gratuliert Theo Harburger und Dr. Elias Auerbach zum E. K. I. M. 1.—.

Münchner Spendenbuch: Paul Grünbaum und Frau anläßlich der Geburt ihres Sohnes M. 20.—. Dieselben danken allen Freunden und Bekannten für erwiesene Aufmerksamkeiten M. 10.—.

Goldenes Buch Raphael Hirsch Grünbaum: Ergebnis der Versteigerung des Benschens auf der Brith-Milo Grünbaum, ersteigert von den Herren Orljansky und Bogopolski M. 205.—.

Herzl-Wald: S. Jakubowitz, Lodz, auf den Namen von Raphael Hirsch Grünbaum 1 Baum: M. 6.—. — Levi und Frieda Spielmann pflanzen auf den Namen Raphael Hirsch Grünbaum einen Baum: 6 M. — Herrn und Frau Grünbaum zum Dank auf den Namen Raphael Hirsch Grünbaum (durch Gertrud Löwenstein) einen Baum: M. 6.—.

Notstandsaktion. Verein Bne Jehuda gratuliert Herrn und Frau Grünbaum zur Geburt des 2. Jungens M. 5.—.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß". München. Sonntag, den 29. Sept., nachmittags 3 Uhr: Sukkos-Heim-Abend. Liebigstraße 39. Alle Jungens und Mädels müssen kommen.

Jüdischer Turn- nud Sport-Verein München. Das Mädchenturnen beginnt für beide Abteilungen am Montag, den 30. September von 6—8 Uhr im Realgymnasium.

*) Vergl. auch die redaktionellen Bemerkungen zu dem in dieser Nummer abgedruckten Brief Levingers.

Hilfscomité für die notleidenden Brüder im Auslande (gegründ. 1857.)

Mit Genehmigung des k. b. Staatsminist. des Innern vom 13. September 1918.

Frankfurt a. M., im September 1918.

Aufruf.

Je länger der Krieg fortdauert, desto größer wird die Zerstörung von Menschenglück, die Vernichtung von Hab und Gut, die er anrichtet. In den Ländern des Ostens herrscht in jüdischen Kreisen ein Elend, dessen Ausmaß jede Vorstellung übersteigt.

Diese von Tag zu Tag steigende Not, unter der insbesondere unsere Brüder in **Polen** zu leiden haben, muß unser Mitgefühl mit den von namenlosem Elend Betroffenen zu den höchsten Leistungen anspornen, sollen wir nicht einer Unterlassung schuldig werden, die das Gotteswort mit dem Ausruf verpönt: „Stehe nicht still bei dem Blute deines Nächsten".

Das unterzeichnete Comité wendet sich an alle Glaubensgenossen mit der dringenden Bitte, ihrer notleidenden Brüder zu gedenken.

Ein jeder spende mit warmem Herzen und freigebiger Hand. Die Länge des Krieges darf unser Mitleid nicht stumpf werden lassen. Wir müßen das unsrige tun, auch wenn unser Hilfswerk das unabsehbare Elend nicht zu beseitigen, sondern nur zu lindern vermöchte.

Zahlungen erbitten wir an den Rechnungsführer

Herrn Emil H. Lehmann, Frankfurt a. M., Postscheckkonto No. 7921, Frankfurt a. M.

Hilfscomité für die notleidenden Brüder im Auslande

Rabbiner Dr. S. Breuer, Max Kulp, Emil H. Lehmannn, Naft. Schwabacher, Adolf Stern, Isaak Wolff.

BY Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München. Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstraße 4.